

Reframing des Sozialen

Reframing dell Sociale

*Symposium of ECCE and SW&S
in Kooperation mit der Abteilung Sozialwesen
der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol*

Haus der Familie in Oberbozen/Soprabolzano: 07. - 10. Juni 2007



Europäische Einsichten aus dem Vergleich der Entwicklungen in verschiedenen welfare regimes und ihre Konsequenzen für die Sozialpolitik der Autonomen Provinz Bozen, Italien

Zusammenfassende Überlegungen

*Walter Lorenz - Freie Universität
Bozen I*

globale Entwicklungen	Provinz Bozen
1. Nationalstaaten stehen unter dem Druck der Globalisierung (Wettbewerbsfähigkeit, Standortdebatten überall) während gleichzeitig soziale Anforderungen steigen zur Stabilisierung der durch Globalisierung verursachten Unsicherheit. Zumindest für die Koordinierung sozialer Dienste (auch bei Privatisierung der Leistungen) zeichnet sich keine Alternative zum Nationalstaat ab.	Druck der Globalisierung gemildert durch starke politische Autonomie der Provinz, die politischer governance noch immer eine starke Rolle und Zustimmung verleiht. Unmittelbar ist kein Druck zur „Privatisierung“ dieser Verantwortung zu verspüren, weder aus finanziellen, noch aus politischen Gründen. Dadurch wird allerdings ein grundsätzliches Überdenken der Rolle des Staats in Bezug auf Sozialdienste verzögert.
2. Regierungen verlagern Steuerungsprozesse auf nicht-staatliche Organisationen. Dennoch brauchen sie weiterhin eine sozialpolitische Rolle um sich zu legitimieren. Diese Diskrepanz reproduziert sich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und sorgt für zusätzliche „Kompetenzunsicherheiten“ (wie viel Sozialpolitik der EU übertragen, z.B.)	Im Gegensatz zu anderen Ländern Europas ist die stärkere Betonung der Rolle der privaten Träger hier nicht ideologisch motiviert – sachliche Argumente stehen im Vordergrund, was eine zu nützende Chance bedeutet.

3. Bürgerbewegungen und Betroffeneninitiativen fordern ein Ende der „Versorgungsmentalität“ und erwarten sozialpolitische Mitbestimmung.	Bürgerbewegungen sind noch relativ schwach ausgeprägt. Auch Eigeninitiativen von Betroffenen und deren Angehörigen sind teilweise noch in einer Versorgungsmentalität verhaftet.
4. Das Zusammenspiel zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen (traditionell-wohltätigen, informellen und kommerziellen) Sozialdiensten wird allgemein neu zu organisieren sein angesichts dieser Veränderungen.	Konventionen mit bestimmten nicht-staatlichen sind tief verwurzelt, vergleichbar etwa dem privilegierten Status der grossen Deutschen Wohlfahrtsverbände; schwierige Lockerungsprozesse von beiden Seiten, da auch die Politik und die Verwaltung in diesen langfristigen Formen der Zusammenarbeit eine Quelle von Macht und Stabilität sehen.
5. Balance zwischen Rechten und Verpflichtungen wird neu definiert; das Konzept „aktiver Bürgerschaft“ gewinnt an Bedeutung (cittadinanza attiva, active citizenship)	Die Bürgerschaft ist noch stark ethnisch orientiert, Unterschiede der ethnischen Zugehörigkeit überschatten gemeinsame Bürgeranliegen, Mobilisierung enthält die Gefahr der Ethnisierung.
6. Die grossen sozialpolitischen Grundpositionen (Liberalismus, Konservatismus, Sozialdemokratie) haben tiefe kulturelle Wurzeln und erweisen sich als erstaunlich resistent gegenüber Konvergenzbemühungen auf europäischer Ebene	Obwohl (oder gerade weil) im restlichen Italien keine einheitliche sozialpolitische Position zu erkennen ist, spielt es in Südtirol eine grosse Rolle, ein eigenes Sozialmodell zu vertreten als Ausdruck der Autonomie
7. Die Übertragung von Prinzipien und Praktiken des Management auf soziale Dienste erwies sich allgemein als schwieriger als erwartet und erfordert für seine Akzeptanz eine klarere Differenzierung zwischen kommerziellen und sozialen Produkten und Dienstleistungen.	Vorsichtige, differenzierte Ansätze des Sozialmanagement wurden erprobt, meist auf der Führungsebene – die Modelle sind noch nicht voll konsensfähig und viel Arbeit muss geleistet werden auf der Basisebene der Dienste. Allerdings besteht da die Chance einer „undogmatischen“ Umsetzung der Ansätze.

8. Eine selbstbewusste Öffentlichkeit fordert Transparenz und somit Qualitätskontrolle bei Dienstleistungen	Der Qualitätsdiskurs ist erst langsam in Gang gekommen, es herrscht noch mangelndes Bewusstsein der Dringlichkeit des öffentlichen Qualitätsausweises bei vielen Diensten
9. Reformen, die unter dem Druck finanzieller Einsparungen eingeleitet werden, führen zu Widerständen, die es schwierig machen, ihre Vor- und Nachteile offen zu diskutieren und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen allen Systemteilen zu finden (Staat, freie Träger, Betroffene, Professionelle).	Relativ wenig finanzieller Druck ermöglicht eine ausgewogene Diskussion um Transformationsprozesse, allerdings besteht angesichts des Mangels an Dringlichkeit die Gefahr der Verzögerung und Inertia.

Vergleichspunkte sozialpolitischer Entwicklungen im paradigmatischen Überblick

	England (liberales Paradigma)	Schweden (sozialdemokratisches Paradigma)	Deutschland (konservatives Paradigma)
ökonomische Entwicklung	Krise in den 1980er Jahren	Krise in den 1990er Jahren	Krise in den späten 1990er Jahren, Spätfolge der Vereinigung
Gewerkschaften	systematischer Abbau durch die Regierung	behalten ihre Bedeutung als Sozialpartner	Partnerschaften halten sich trotz geringeren Einflusses
Gemeinden und Regional-regierungen	erhalten mehr Befugnisse – aber unter stärkerer Kontrolle durch Staat; Dezentralisierung zentral gesteuert	Autonomie ausgebaut, allerdings Effektivität überwacht durch Zentralregierung	Subsidiarität herrscht nach wie vor, aber kommunale Selbstverwaltung schafft grössere Variationen
Privatisierung	systematisch vorangetrieben, allerdings mit zunehmender staatlicher Steuerung	marginal in Einzelbereichen, Finanzierung durch staatliche Quellen bleibt Norm	einzelne Versuche, gebremst durch komplexe föderale Struktur
Ehrenamtliche	werden in den Wettbewerb um Finanzierung von Projekten hineingezogen	Bedeutung wächst langsam in bestimmten Bereichen	Grosse traditionelle Bedeutung, Wandel der Funktion
Partizipation	Als Konsumenten haben Klienten grössere Einflussnahme auf Abläufe und Planung	Einfluss durch traditionelle Vereine und Anhörungen, starke Basisdemokratie	Effektiv in Teilbereichen (Jugend), sonst uneinheitlich; starke Neue Sozialbewegungen
Management	Unternehmenskultur, soziale Dienste wie wirtschaftliche Betriebe gestalten	Management Konzepte nur im Interesse der Effizienzsteigerung	Neue Steuerungsmodelle vorwiegend im öffentlichen Bereich
Qualitätskontrolle	Ausbau der Überwachungs- und Kontrollsysteme der Zentralregierung	Effektivität der Regionalregierung durch Zentralregierung überwacht	Verlass auf Selbstbewertung, doch wachsende Vertragsbedingungen

Empfehlungen (in Bezug auf Südtirol):

1. Die Reform der Sozialdienste IST dringlich gerade jetzt, da noch kein zu grosser Veränderungsdruck besteht.
2. Entscheidende Schritte wurden in Bezug auf längerfristige Sozialplanung getroffen. Jetzt gilt es, das Personal und die Bevölkerung auf die Reformziele zu verpflichten.
3. Eine klarere Unterscheidung zwischen politischer, organisatorischer und professioneller Handlungs- und Kompetenzebene ist geboten.
4. Die Umstellung auf Steuerungsprozesse in Anlehnung an das Sozialmanagement darf nicht nur die Führungskräfte betreffen, sondern muss vom gesamten Personal getragen werden.
5. Soziale Dienstleistungen erfordern eigene Qualitätskriterien sowohl für deren Begutachtung als auch für deren Finanzierung, die klar von kommerziellen Kriterien unterschieden werden, aber dennoch auf die Effizienz der Leistungen abzielen. An der Erarbeitung und Einhaltung der Kriterien sind Verwaltung, Professionelle und Klienten gleichermassen zu beteiligen.
6. Öffentlichkeitsarbeit muss darauf abzielen, soziale Ausgaben als Investition und nicht als Bremsfaktor für wirtschaftliche Entwicklungen zu betrachten, und dies in allen Bereichen (Kinder, sozial Schwache, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen)

Walter.Lorenz@unibz.it